

Dr. Manfred Böhm, Leiter der Betriebsseelsorge im Erzbistum Bamberg

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

vermutlich kennt jede und jeder von uns hier das Spiel Monopoly. Monopoly ist ein beliebtes Gesellschaftsspiel. Ziel des Spieles ist es, ein Immobilienmonopol aufzubauen, dadurch der Reichste zu werden und alle anderen Mitspieler in die Insolvenz zu treiben. Zu Spielbeginn herrscht für alle Beteiligten Chancengleichheit: Dieselben Regeln und das gleiche Startkapital für jeden. Doch schon nach kurzer Spielzeit stehen die glücklichen Schlossalleebesitzer weitaus besser da als die der popeligen Badstraße. Von Runde zu Runde verschärfen sich die Ungleichheiten, bis die Spaltung zwischen Reichgewordenen und Armgemachten so unüberbrückbar geworden ist, dass das ganze System zusammenbricht. Das Spiel ist aus.

Monopoly ist ein Gesellschaftsspiel, das seit Jahren tatsächlich in großem Stil gespielt wird. Runde um Runde ist in den letzten Jahren die Güterverteilung weltweit und in unserer Gesellschaft ungleicher und ungerechter geworden. Die Schlossalleebesitzer beherrschen das Spiel und zunehmend auch dessen Regeln. Ihr Handeln ist vor allem von dem Interesse geleitet, Besitztümer aufzuhäufen, diese zugriffsfest zu machen und Mechanismen zu installieren, die ihre Vormachtstellung auf Dauer zementieren. Das war bei uns in den letzten Jahren (und ist es immer noch) deutlich zu spüren im Abbau sozialstaatlicher Leistungen und in den Umwälzungen in der Arbeitswelt: Prekäre Beschäftigung, Leiharbeit, Niedriglöhne, Senkung des Spitzensteuersatzes, Hartz IV,

Rente mit 67, und vieles andere mehr – das sind Symptome eines neoliberalen Kapitalismus, für den zuallererst die Renditen im Mittelpunkt stehen.

Das Thema an diesem 1. Mai lautet: Zeit für mehr Solidarität. Und man fragt sich unwillkürlich: Was ist Solidarität wert und wie wird sie mit Leben gefüllt in Zeiten all der neoliberalen Zumutungen? Bei all den Deregulierungen und Flexibilisierungen, die das Leben der Menschen durcheinanderbringen?

Sicherheit ist eines der fundamentalsten menschlichen Bedürfnisse. Wird dieses nicht befriedigt, können wir uns nicht entfalten. Unsere soziale Bindungsfähigkeit, sprich eben genau die Fähigkeit zu Solidarität mit anderen wird empfindlich gestört, denn wir müssen viel Energie in die Sicherung unserer eigenen existenziellen Bedürfnisse stecken. Wer z.B. arbeitsvertraglich von der Hand in den Mund lebt, wird gedanklich ständig um die Frage kreisen, wie er das Weiter- und Überleben für seine Familie und sich sichern kann. Dieser Existenzsicherungsstress treibt die Menschen nicht nur gesundheitlich an den Rand der Erschöpfung, sondern engt auch ihr Blickfeld und ihre Wahrnehmungsmöglichkeiten ein. Übergroße Verunsicherung, die wir Menschen aushalten müssen, macht uns blind für die Mitmenschen. Sie wirft uns auf uns selbst zurück.

Urteilen wir also nicht zu schnell über jene prekär Beschäftigten, die sich aus der Sicht manches Gewerkschaftlers nicht entschieden genug für ihre Interessen organisieren. Es könnte eben auch sein, dass sie gar nicht anders können.

Solidarität wird oft auf die Ebene einer individuellen Tugend runterreguliert. Wer solidarisch ist, so heißt es dann, hat einen wachen

Blick für seinen Mitmenschen und hilft ihm uneigennützig, falls der Hilfe braucht. Diese persönliche Haltung ist sicherlich eine ganz wesentliche Dimension von Solidarität. Aber es braucht eben noch mehr. Solidarität hat eine strukturelle Ausrichtung. Es braucht eine gesellschaftliche Grundsolidarität. Ihr Geheimnis besteht darin, dass die Stärkeren für die Schwächeren, die Reicheren für die Ärmeren und die weniger Kranken für die häufiger Kranken eintreten. Eine Gesellschaft, die in diesem Sinne nicht mehr solidarisch wäre, könnte man die überhaupt noch als eine Gesellschaft bezeichnen? Dieses Kriterium auf unsere Gesellschaft angewendet, wird's uns ganz flau in der Magengrube.

Denn wir treffen auf eine sehr weit fortgeschrittene **soziale Spaltung**. Unter den Vorzeichen des neoliberalen Kapitalismus ist eine neuerliche Teilung in Deutschland immer weiter fortgeschritten, die nämlich zwischen den Reichgewordenen einerseits und den Armgemachten und Armgehaltenen unserer Gesellschaft andererseits. Bis heute hat sich diese Teilung fast in eine unüberwindliche Kluft verbreitert, so sehr, dass sich die Extreme beider Schichten gar nicht mehr richtig zugehörig fühlen zu dieser Gesamtgesellschaft.

Die ganz unten fühlen sich als die Ausgeschlossenen, als die Überflüssigen dieser Gesellschaft. Ihre Hoffnungen ans Leben wurden längst desillusioniert und auf Arbeitslosenhilfe II zurecht gestutzt und sie verbinden vielfach keine Erwartungen mehr an die Gesellschaft und an die Zukunft.

Und die ganz oben haben sich ebenfalls aus der Gesellschaft verabschiedet. Sie leben in einer hochluxuriösen Parallelwelt, die ihnen keine Wünsche offen lässt. Es gibt kaum Berührungspunkte in die Gesellschaft hinein und sie werden auch nicht gesucht. Man bleibt unter sich, ist sich selbst genug und braucht die Anderen eigentlich nicht.

Ein Blick auf die Zahlen ist unumgänglich, kann den Skandal aber eigentlich gar nicht richtig spürbar machen:

- Das Vermögen der drei reichsten Menschen der Welt ist inzwischen größer als das Bruttoinlandsprodukt der 48 ärmsten Länder der Erde.
- Die 62 reichsten Bewohner dieser Planeten besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit zusammen.
- Bei uns in Deutschland zeigt sich ein ähnliches Bild: Das reichste Promille der Bevölkerung nennt gut 17% des Gesamtvermögens von ca. 9 Billionen Euro sein eigen.
- Die reichsten zehn Prozent besitzen zwei Drittel des gesamten Vermögens, die ärmsten 50 Prozent hingegen nur 2,5 Prozent.

Was ist das für ein Land, was ist das für eine politische Führung, wenn eine solche Spaltung seit vielen Jahren ohne echte Gegenwehr als scheinbar gottgegeben einfach so hingenommen wird?! Kein Zweifel – Nicht nur die Welt, auch Deutschland hat ein profundes Gerechtigkeitsproblem. Ich empfehle nachdrücklich sozialethische Nachhilfe bei der Katholischen Soziallehre. Dort heißt es klar und unmissverständlich: Die Erde ist für alle da nicht nur für die Reichen! Das Privateigentum ist also für niemand ein unbedingtes und unumschränktes Recht. Das gilt es in den politischen Alltag zu übersetzen.

Um hier gegenzusteuern ist es mit Appellen nicht mehr getan. Es braucht Gegenmächte und Gegenstrukturen. Und die Gewerkschaften sind hier an erster Stelle zu nennen. Und ganz besonders bei einer Frage sind sie unersetzlich. Ich meine die **Lohnfrage**.

Beim Lohn geht es entgegen einem weitverbreiteten Irrtum nie nur um Geld, also um einige Euros mehr in der Tasche. Über Geld werden in unserer Gesellschaft Lebenschancen verteilt. Es wird entschieden über die Beteiligung an den wirtschaftlichen Zuwächsen und im Gefolge davon an den sozialen und kulturellen Möglichkeiten. Es geht also beim Lohn um die Frage angemessener Beteiligung und eines guten Lebens entsprechend des gesellschaftlichen Standards. Es geht letztlich beim Lohn immer um Wertschätzung und menschliche Würde. Lohnfragen sind als Verteilungsfragen sozialetisch hoch aufgeladen. Wer Löhne dagegen nur als betriebliche Kosten und finanzielle Belastungen betrachtet, wie es sich manche Unternehmen mit ihren Aktionären so zurechnen, hat den entscheidenden Punkt bei diesem Thema überhaupt nicht verstanden.

Die Lohnquote, also der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am gesamten Volksvermögen, ist über Jahre und Jahrzehnte hinweg gesunken und verharrt jetzt auf einem mäßigen Niveau. Denn trotz der -man muss sagen: bescheidenen- realen Zuwächse der letzten Jahre sind wir von der Kaufkraft her nur auf dem Niveau der Jahrtausendwende und natürlich deutlich zurück hinter den Gewinn- und Vermögenseinkommen. Die sind dank der zahlreichen Steuererleichterungen für die Vermögenden in die Höhe geschossen. Die Vermögenseinkommen sind schon wieder so hoch, dass mit den enormen Überschüssen schon wieder kräftig gezockt wird in den weltweiten Casinos des Finanzkapitalismus.

Kein Grund also für die Gewerkschaften in den laufenden und kommenden Tarifrunden allzu bescheiden zu sein. Höhere Löhne sind ein aktiver Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit in dieser Gesellschaft und damit auch für mehr Stabilität und sozialen Frieden.

Seit nahezu eineinhalb Jahren gibt es nun schon den Mindestlohn. Und was haben die bekanntlich unabhängigen Ökonomen im Auftrag ihrer Arbeitgeber vorher nicht alles prophezeit. Sie waren sich einig darin, dass massive Arbeitsplatzverluste eintreten werden, bis zu 1,5 Mio hieß es in den schwärzesten Prognosen.

Eingetreten ist das Gegenteil: Im Oktober 2015 gab es 700.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte mehr als noch ein Jahr zuvor. Viele Minijobs sind umgewandelt worden, eine Entwicklung, die wir alles andere als bedauern müssen.

Aber natürlich müssen wir gleich hinzufügen: Mit einem Mindestlohn von 8.50 Euro wird es nicht getan sein. Wir wollen mehr. Und auch hier ist es nicht die Habgier, die uns treibt, sondern das Gerechtigkeitsempfinden.

Die Katholische Soziallehre spricht von einem gerechten Lohn, der den Menschen für ihre Arbeit zusteht. Was ist das – ein gerechter Lohn? Das ist ein Lohn, der es ermöglicht ein abgesichertes und auskömmliches Leben zu führen jenseits aller Existenzängste. Ein Lohn, der in die Lage versetzt, die eigenen Lebensmöglichkeiten entfalten zu können. Ein Lohn, der es möglich macht über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen auf die Bedürfnisse der anderen und der uns so zu solidarischem Handeln befähigt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

das Thema der Solidarität macht auch einen genauen Blick nötig auf unseren Sozialstaat. Ein funktionierender **Sozialstaat**, der die Menschen vor Verarmung schützt und solidarische Hilfe gewährleistet, ist ein unabdingbarer Baustein für eine solidarische Gesellschaft. Dazu ist er ja einmal entwickelt worden.

Den Sozialstaat einzudampfen, ihn bis zur Magersucht zu verschlanken, ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Diese Gesellschaft kann es sich nicht leisten, sich keinen funktionierenden Sozialstaat zu leisten. Denn er garantiert den inneren Frieden. Seine Hilfe erschöpft sich nicht in der Fürsorge für die Benachteiligten. Vielmehr zielt er viel grundsätzlicher auf den Abbau der strukturellen Ursachen für die Benachteiligung.

Die sog. HartzIV Empfänger verdienen in diesem Zusammenhang eine besondere Erwähnung.

Die strukturell verfestigte Arbeitslosigkeit lässt sich eben nicht dadurch bekämpfen, dass der gesellschaftliche Druck auf die Leidtragenden erhöht wird. Die werden dadurch in eine doppelte Opferrolle gedrängt. Sie haben die Arbeitslosigkeit zu ertragen und man gibt ihnen sozusagen obendrein noch die Schuld daran.

7

Da hat sich in unserem tragenden gesellschaftlichen Menschenbild etwas Grundlegendes verändert. Mit Hartz IV hat sich quasi die Beweislage umgedreht.

Wer bis dato bedürftig war, hatte Anspruch auf ausgleichende Leistungen. Jetzt ist es so, dass der Bedürftige erst einmal nachweisen muss, dass er der Unterstützung würdig ist. Der bedürftige Mensch gerät unter den Generalverdacht, er nutze den Sozialstaat aus. Und diesen Verdacht muss er erst einmal aus dem Weg räumen. Und nur wenn er sich dieser nicht selten entwürdigenden Prozedur unterwirft, wird ihm Hilfe zuteil.

Was der ehemalige Limburger Bischof Franz Kamphaus schon 2005 erkannte, stimmt auch heute noch: Hartz IV entspricht in wichtigsten Punkten nicht der sozialen Gerechtigkeit. Letztlich, so muss man es wohl

heute formulieren, ist Hartz IV nichts anderes als die Entlassungs-
urkunde aus der Mitte der Gesellschaft.

Provokativ aber augenfällig wird diese Ausgrenzung dargestellt in der
Aktion der Arbeitsloseninitiativen des Erzbistums Bamberg. Das „Fordern
und Fördern“ erleben Hartz IV Empfänger leider oft genug als eine
pauschale gesellschaftliche Schuldzuweisung für ihr angeblich
individuelles Versagen, als ein Getriebenwerden von der Mehrheit der
Gesellschaft. Wenn es stimmt, dass sich am Umgang mit den Armen die
Reife und der Zivilisationsgrad einer Gesellschaft bemessen, dann
sollten wir endlich aufhören mit diesen Gängeleien und Machtspielchen
den Schwächeren gegenüber. Man beachte auch die Arbeitnehmerin im
Blaumann mit Helm: Hartz IV demütigt eben nicht nur die unmittelbar
Betroffenen, sondern hat auch verheerende Rückwirkungen auf die
Menschen im Betrieb. Hartz IV bedroht sie in ihrer Existenz bis in die
Mittelschicht hinein. Sie sind dadurch leichter erpressbar und sollen
damit gefügiger gemacht werden.

8

Der Sozialstaat, unsere Gesellschaft insgesamt, wird nun noch einmal
besonders herausgefordert durch die bevorstehende Integration der
Menschen, die sich aus Elend, Verfolgung und Krieg zu uns haben retten
können. In Deutschland leben seit Jahrzehnten Menschen
unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion zusammen. Integration ist
also nichts Neues für uns. Wir haben genau betrachtet sogar
jahrhundertelange Erfahrung damit. Entscheidend ist, dass der im
Grundgesetz verankerte Schutz der Menschenwürde für alle gilt, gleich
ob sie seit grauer Vorzeit hier leben, irgendwann später zugewandert
oder als Flüchtlinge erst kürzlich nach Deutschland gekommen sind.

Allen Rassisten und Fremdenfeinden, den lautstarken Hetzern wie den heimlich Beifallklatschern, denen vom rechten Rand und denen aus der sogenannten bürgerlichen Mitte, müssen wir es heute am 1. Mai unmissverständlich zurufen: Als Gewerkschaftler -und ich darf hinzufügen als Christen- werden wir es niemals hinnehmen, dass es Menschen erster und zweiter Klasse geben soll, dass Menschen anderer Hautfarbe oder anderer Kultur ausgegrenzt, diffamiert oder gar attackiert werden. Alle Menschen sind gleichwertig und jede und jeder Einzelne hat das Recht, sein Leben in Würde entfalten zu dürfen.

Natürlich bleibt darüber hinaus die Frage im Raum: Wer wird die finanziellen Lasten dieser Integration zu tragen haben? Bisher tun wir uns relativ leicht. Noch lassen sich die Rechnungen dafür aus den Überschüssen begleichen. Was aber wenn sich die Situation ändert? Wir müssen es hier mit aller Deutlichkeit sagen. Es ist nicht hinnehmbar, dass der sowieso schon heruntergefahrte Sozialstaat einfach zusätzlich damit belastet würde, wenn also die vorhandenen Mangelressourcen einfach auf mehr Köpfe verteilt werden und die Armen noch näher zusammenrücken müssten. Die Armen dürfen nicht gegen die dann Ärmsten ausgespielt werden.

Gottseidank, gibt es ja Möglichkeiten der Finanzierung, die weder die Armen belasten, noch die öffentlichen Ausgaben überbeanspruchen, noch die Konjunktur abwürgen. Wir müssen einfach die Einnahmeseite des Sozialstaats anheben. Und wie?

Indem wir die Reichen und Wohlhabenden dieses Landes entsprechend ihrer Finanzkraft an der Finanzierung beteiligen. Vorschläge dazu gibt es genug. Ich möchte nur drei nennen:

- Wir brauchen die Wiedereinführung einer allgemeinen Vermögenssteuer, die nach Berechnungsmodellen mit hohen

Freibeträgen pro Jahr immerhin um die 15 Mrd zusätzliche Einnahmen brächte.

- Man könnte sich auch eine einmalige Vermögensabgabe auf die wirklich großen Vermögen vorstellen. Mit der sind wir in der Bundesrepublik schon einmal gut gefahren. Zur Integration der Millionen von Flüchtlingen nach dem zweiten Weltkrieg wirkte der sog. Lastenausgleich zugleich gesellschaftlich ausgleichend wie auch konjunkturell belebend. Auch der brächte auf zehn Jahre ausgelegt pro Jahr ca. 15 Mrd.
- Auch an die Finanztransaktionssteuer muss bei der Gelegenheit wieder mal erinnert werden. Eigentlich wollten wir sie schon lange einführen. Es gibt Beschlüsse dazu, aber leider sind den großen Worten noch keine Taten gefolgt. Die Finanzlobbyisten leisten eben ganze Arbeit. Dabei brächte diese kleine Steuer pro Jahr ca. 45 Mrd zusätzlich ein.

10

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Und jetzt holen die Schlossalleebesitzer dieser Welt zu einem neuen Coup aus. Ich meine das vor den Augen der Öffentlichkeit geheim gehaltene **Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU** (TTIP und derzeit fast noch dringlicher das zwischen der **EU und Canada** (CETA).

Viele Dinge gäbe es da zu bemängeln. Aber ich will mich nicht bei Chlorhühnchen und Hormonfleisch aufhalten. Es geht um viel Grundlegenderes.

Letztlich geht es schlichtweg um das Betriebssystem unserer Gesellschaft, es geht um unsere demokratische Ordnung. Gefährdet ist die durch den in CETA und TTIP vorgesehenen Schutz der Investoren und dem dafür vorgesehenen Sonderklagerecht.

Ausländische Investoren sollen berechtigt sein, gegen inländische Gesetze direkt vorzugehen, also zu klagen, wenn diese ihre Gewinnerwartungen einschränken. Und zwar außerhalb der bestehenden Justizordnung, in einem völlig intransparenten privaten System. Dort werden die Urteile nicht von Gerichten gesprochen, sondern von drei Juristen aus dem Privatsektor, d.h. von großen Anwaltskanzleien. Die Verfahren sind nicht öffentlich. Die Unabhängigkeit dieser Rechtsprechung, eine Rechenschaftspflicht oder eine Revisionsmöglichkeit sind nicht vorgesehen. Die Verfahren sind nicht ausgewogen. Beim Schiedsgericht kann immer nur der Staat angeklagt werden, die Firmen im Gegenzug nicht, selbst dann nicht, wenn sie z.B. Menschenrechte missachten.

Das Freihandelsabkommen höhlt die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit aus. Hier liegt die eigentliche Gefahr, dass nämlich undemokratische Verfahren etabliert werden, die den Unternehmen zu viel Macht einräumen. Wenn das TTIP in Kraft ist, müsste sich der demokratische Rechtsstaat dafür rechtfertigen, dass er Sozialgesetze auf den Weg bringt. Letztlich geht es darum, dass sich die Geld- und Machteliten, also eben die Schlossalleebesitzer, gegen das ständig drohende politische Risiko einer möglichen gesellschaftlichen Umverteilung über alle wechselnden demokratischen Machtverhältnisse hinweg absichern. Es sollen politisch rechtliche Strukturen geschaffen werden, die den Neoliberalismus mit seinen bestehenden Eigentumsverhältnissen gegen staatliche Interventionen und demokratische Kontrollen quasi konstitutionell (also verfassungsmäßig) absichern. Letztlich ist die Demokratie für die Eliten ein Risiko, das sie in den Griff bekommen wollen.

Angesichts dieser Aussichten kann ich den Optimismus bezüglich der ökologischen und sozialen Standards, den die Bundeskanzlerin beim

Besuch des amerikanischen Präsidenten Obama letzte Woche verströmt hat, nicht nachvollziehen. Entweder ist sie hoffnungslos naiv, oder besonders durchtrieben. Beides keine Eigenschaften, die ich mir von unserer politischen Führung wünschen möchte.

Jedem Demokraten, gleich welcher Couleur, stehen ob solcher Aussichten die Haare zu Berge und der Widerstand wächst, Gott sei's gelobt, quer durch die Gesellschaft weiter. Diese Freihandelshandelsabkommen dürfen niemals Wirklichkeit werden, denn sie sind eine rechtsstaatliche Schande und sie beleidigen unser persönliches demokratisches Empfinden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
ob es um Vermögensverteilung geht, um die Lohnfrage, um den Sozialstaat oder die Freihandelsabkommen – hinter den tatsächlichen oder geplanten Zumutungen für die Menschen ist stets dasselbe Grundübel auszumachen: Es ist die Ideologie des neoliberalen Kapitalismus, für den allemal die persönliche Bereicherung höher steht als die Verantwortung für den Mitmenschen. Dieser Neoliberalismus ist wie Aids, er zerstört das Immunsystem seiner Opfer und der gesamten Gesellschaft und genau dieser Neoliberalismus ist es auch, den Papst Franziskus als ein „strukturell perverses System von Handelsbeziehungen und Eigentumsverhältnissen“ brandmarkt. Er ist der Nährboden, in dem die Gier des Einzelnen sich zur strukturellen Sünde verfestigt.

Machen wir uns nichts vor: Wir alle sind in dieses System mehr oder weniger mit hineinverstrickt und haben alle unsere Unschuld verloren. Das bedeutet aber nicht, dass wir Unrecht nicht Unrecht nennen dürfen und sogar müssen. Und gerade am 1. Mai dürfen wir als Gewerkschaftler mit unserer Meinung nicht hinter dem Berg halten: Nur

gemeinsam Arm in Arm können wir diese Welt so gestalten, dass sie zu einem menschenwürdigen Ort für alle wird. Solidarität hat immer Konjunktur, aber derzeit unter dem unseligen Vorzeichen des Eigeninteresses so vieler ist sie geradezu überlebensnotwendig geworden.